

An den
Präsidenten des Nationalrats
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0088-IV/10/2018

Wien, am 24. September 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Rossmann, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Juli 2018 unter der **Nr. 1471/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Mehrjähriger Finanzrahmen der EU: Verhandlungen und Positionen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12:

- Welche der Mittelaufstockungen, die beim Kommissionsvorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen zu einer Erhöhung gegenüber dem aktuellen MFR führen, halten Sie für verzichtbar?
- Sehen Sie die 2,6-fache Aufstockung der Mittel für das Management von Außengrenzen, Migration und Flüchtlingsströmen als zu hoch an?
 - Wenn ja, weshalb?
 - Sehen Sie die Verdoppelung der Mittel für Erasmus+ als zu hoch an?
 - Wenn ja, weshalb?
 - Sehen Sie die 1,6-fache Aufstockung der Mittel für Forschung, Innovation und Digitales als zu hoch an?
 - Wenn ja, weshalb?
 - Sehen Sie die 1,8-fache Aufstockung der Mittel für Sicherheit als zu hoch an?
 - Wenn ja, weshalb?
 - Sehen Sie die 1,6-fache Aufstockung des Beitrags zu Klimaschutzz Zielen (Klimaschutz-Mainstreaming) als zu hoch an?
 - Wenn ja, weshalb?

Insbesondere Minister Blümel, aber auch andere Regierungsmitglieder hoben bei der Frage nach möglichen Einsparungen bisher als einzige konkrete Position die Verwaltungskosten hervor.

- Können Sie erläutern, wie eine Einsparung bei der Verwaltung (die laut Kommissionsvorschlag lediglich 6,7% des Gesamtbudgets ausmachen würde) alleine ausreicht, all diese Aufstockungen zu kompensieren?
- a. Wenn nein, welche zusätzlichen Maßnahmen planen Sie um das Festhalten an einem Finanzrahmen von einem Prozent des BNE zu ermöglichen?
Der Kommissionsvorschlag sieht nicht nur Mittelerhöhungen vor, sondern auch deutliche Kürzungen bei den Mitteln für die Landwirtschaft und die Kohäsionspolitik, wobei letztere zwar nicht nominell sinken, dafür aber der prozentuelle Anteil am Gesamtbudget.
- Unterstützen Sie den Kommissionsvorschlag zur Kürzung der Agrarförderungen?
- a. Wenn ja, weshalb?
 - b. Wenn ja, werden die fehlenden Förderungen durch das nationale Budget kompensiert?
 - c. Wenn nein, weshalb nicht?
 - d. Wenn nein, wie sieht Ihr Gegenvorschlag aus?
 - e. Wenn nein, welche Mittel sollen stattdessen gekürzt werden, um das Gesamtvolume des Budgets nicht noch weiter zu erhöhen?
- Unterstützen Sie den Kommissionsvorschlag bei der anteilmäßigen Reduktion der Kohäsionsmittel?
- a. Wenn ja, weshalb?
 - b. Wenn nein, weshalb nicht?
 - c. Wenn nein, wie sieht Ihr Gegenvorschlag aus?
 - d. Wenn nein, welche Mittel sollen stattdessen gekürzt werden, um das Gesamtvolume des Budgets nicht noch weiter zu erhöhen?
- Gibt es von Seiten der österreichischen Regierung einen Gegenentwurf des Kommissionsvorschlags zum Mehrjährigen Finanzrahmen?
- a. Wenn ja, warum wurde dieser bisher nicht öffentlich präsentiert?
 - b. Wenn ja, wie verteilt sich darin der Haushalt auf die sieben Hauptkapitel?
 - c. Wenn ja, wie hoch sind darin die Mittel, die Sie für folgende Zukunftsthemen (zwecks Vergleichbarkeit entsprechend der Definition des Kommissionsvorschages) vorgesehen haben: Management von Außengrenzen, Migration und Flüchtlingsströmen, Erasmus+, Forschung, Innovation und Digitales, Sicherheit sowie Beitrag zu Klimaschutzz Zielen (Klimaschutz-Mainstreaming)? (Bitte um getrennte Darstellung für jeden aufgezählten Themenbereich.)
 - d. Wenn ja, welche Ressorts und Institutionen wurden bei der Erstellung des Entwurfs miteinbezogen und auf welche Weise?
 - e. Wenn nein, auf welcher Grundlage beruht Ihre Kritik am Kommissionsvorschlag?
 - f. Wenn nein, planen Sie, noch einen Gegenentwurf zu veröffentlichen und falls ja, bis wann?
- Stehen Sie in inhaltlichem Austausch mit jenen anderen Mitgliedsstaaten, die sich wie die österreichische Regierung gegen eine Erhöhung des Finanzrahmens aussprechen?
- a. Wenn ja, in welcher Form und auf welcher Detailebene?
 - b. Wenn ja, werden Sie einen gemeinsamen Gegenentwurf zum Kommissionsvorschlag präsentieren und falls ja, bis wann?
- Sind Ihrer Meinung nach wichtige Zukunftsbereiche (Forschung, Innovation, Wissenschaft, Klimaschutz und Digitalisierung) im Finanzrahmen der Kommission ausreichend abgebildet?

- Halten Sie Umschichtungen von Mitteln der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu den Zukunftsbereichen Forschung, Innovation, Wissenschaft und Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung für sinnvoll?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
- Sind Ihrer Meinung nach die Ausgaben für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit im Finanzrahmen der Kommission ausreichend abgebildet?
- Wie stehen Sie zu einer deutlich stärkeren Finanzierung des Finanzrahmens durch Eigenmittel?
- Sind eine CO2-Steuer und eine Flugticketabgabe adäquate Antworten zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzbündnisses?
- Wenn ja, werden Sie sich im Rahmen der Diskussionen zum Finanzrahmen während des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union dafür einsetzen?

Einleitend darf ich auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfrage Nr. 1470/J vom 24. Juli 2018 durch den Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien verweisen. Für die Beantwortung der Fragen ist nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes, BGBl. I Nr. 164/2017, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 3/2018, Bundesminister Mag. Gernot Blümel, MBA, zuständig.

Darüber hinaus ist die Bundesregierung während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes bestrebt, als Brückenbauer zwischen den Positionen der Mitgliedstaaten zu vermitteln. Zum Mehrjährigen Finanzrahmen steht Österreich mit allen EU-Mitgliedstaaten laufend und eng im inhaltlichen Austausch. Auf Tagungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ wird der Mehrjährige Finanzrahmen von Bundesminister Mag. Gernot Blümel, MBA, regelmäßig behandelt, um möglichst schnell Fortschritte zu erzielen, nicht zuletzt um Klarheit über die Positionen der Mitgliedstaaten zu bekommen.

Sebastian Kurz

